



Einbruchskriminalität

Sicherheitsdefizite gehen auf Jägers Kappe

Warum wird in NRW häufiger eingebrochen als in Bayern? Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger behauptet stets, das liege an der urbanen Struktur des Landes.

Ich hatte den Minister um einen direkten Vergleich der Großstädte Köln und München und der Bundesländer NRW und Bayern gebeten. Das Ergebnis ist kein Ruhmesblatt für die nordrhein-westfälische Landesregierung. In NRW wurde 2015, auf hunderttausend Einwohner umgerechnet, sechs Mal so häufig eingebrochen wie in Bayern. Zehn Jahre zuvor waren es noch vier Mal so viele Einbrüche. Sollte Jägers These also stimmen, dass die höhere Einbruchquote in seinem Bundesland der guten „Verfügbarkeit von geeigneten Tatobjekten und einer geringen Sozialkontrolle in anonymen Großstädten“ geschuldet ist, so müssten NRWs Städte dem Vergleich mit bayerischen Großstädten standhalten. Dem ist aber nicht so. Obwohl Köln rund 400.000 Einwohner weniger hat als München, liegen die Einbruchszahlen über 60 Prozent höher.

Weitere Zahlen in Jägers Antwort belegen das Desaster: Die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruch ist in München doppelt so hoch wie in NRW (16,1 % zu 7,8 % in 2015). Ursache für die hohe Kriminalität ist die schlechte personelle und materielle Ausstattung der Polizei und der mangelnde politische Rückhalt der Regierung. Mehr: <http://kurzlink.de/GG160620> und <http://kurzlink.de/GG160623>.

Flüchtlingskosten im Rhein-Erft-Kreis

Erstattung der Landesregierung wird finanzieller Situation nicht gerecht

Die CDU-geführte Bundesregierung hat nach der Beteiligung an den Flüchtlingskosten nun auch angekündigt, die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber von 2016 bis 2018 vollständig zugunsten unserer Kommunen zu übernehmen.

Für den Rhein-Erft-Kreis bedeutet das eine Entlastung in Höhe von 12,78 Millionen Euro. Daran sollte sich die Landesregierung NRW ein Beispiel nehmen. Denn deren Verteilung der Mittel erfolgt weiterhin nur pauschal nach einem gesetzlichen Schlüssel aus Einwohnerzahl und Fläche und nicht anhand der tatsächlichen Anzahl an Flüchtlingen vor Ort. Näheres: <http://kurzlink.de/GG160621>.

Erdgasförderung

Klare Haltung der CDU NRW gegen Fracking

Die Große Koalition im Bund hat sich darauf geeinigt, den Bundesländern selbst die Entscheidung über die umstrittene Fracking-Technik zu überlassen. Die CDU NRW spricht sich deutlich gegen diese riskante Förderungsmethode von Erdgas aus.

Wir wollen bei uns in NRW kein Fracking nach den gegenwärtigen Stand der Technik. Die Auswirkungen sind nicht hinreichend geklärt, gute Qualität des Trinkwassers und die Gesundheit der Bevölkerung haben für uns unbedingten Vorrang. Nach der Ankündigung der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen, Fracking nach dem aktuellen Bergrecht – das auch in NRW gilt – genehmigen zu wollen, müssen wir dringend handeln und zügig ein gesetzliches Fracking-Verbot für NRW sicherstellen. Dazu brauchen wir ein Schutzgesetz des Bundes. Entgegen dem ursprünglichen Gesetzesentwurf der Bundes-SPD haben wir bereits durchgesetzt, dass 1. unkonventionelles Fracking (z.B. Aufbruch von Schiefer- oder Kohleflözgestein) verboten wird, 2. Probebohrungen zur Erforschung der Auswirkungen unkonventionellen Frackings nicht ohne Zustimmung der jeweiligen Landesregierung erfolgen dürfen, 3. der Deutsche Bundestag im Jahr 2021 erneut über das Fracking-Verbot entscheidet, falls Probebohrungen stattfinden. Lesen Sie hier die Presseinformation der CDU NRW: <http://kurzlink.de/CDU nrw160621>.